



Thomas Demuth  
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 12.10.2012

Niederschrift

|                |  |
|----------------|--|
| Gremium        | Stadtverordnetenversammlung                                    |
| Sitzungsnummer | 5/2012   |
| Datum          | Dienstag, den 10. Oktober 2012                                 |
| Sitzungsbeginn | 20:00 Uhr  |
| Sitzungsende   | 22:10 Uhr  |
| Ort            | Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel |

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

|                               |  |
|-------------------------------|--|
| Herr Thomas Demuth            |  |
| Herr Patrick Baier            |  |
| Herr Dietmar Beilner          |  |
| Frau Sylvia Braun             |  |
| Herr Klaus-Dieter Broschowsky |  |
| Herr Niels-Malte Bürgstein    |  |
| Frau Patricia Bürgstein       |  |
| Frau Elke Förster-Helm        |  |
| Herr Dirk Friebe              |  |
| Herr Benedikt Herget          |  |
| Herr Oliver Hirt              |  |
| Herr Harald Hormel            |  |
| Herr Alexander Kitzmann       |  |
| Frau Gisela Klein             |  |
| Herr Johannes Kortenhoeven    |  |
| Frau Katja Lauterbach         |  |
| Herr Klaus Linek              |  |
| Frau Dana Pastor              |  |
| Herr Jörg Pohl                |  |
| Herr Hans-Jürgen Poth         |  |
| Herr Tim Protzmann            |  |
| Herr Alexander Rabold         |  |
| Herr Joachim Rechholz         |  |
| Herr Michael Reul             |  |
| Herr Guido Rötzer             |  |
| Herr Michael Schreier         |  |
| Frau Carina Seewald           |  |
| Herr Thomas Stöppler          |  |
| Frau Viola Weigl-Franz        |  |
| Herr Winfried Weiß            |  |
| Herr Harald Wenzel            |  |
| Frau Rosemarie Wenzel         |  |
| Herr Dr. Volker Wingefeld     |  |
| Herr Christoph Zugenbühler    |  |

## Magistrat

Herr Günter Maibach  
Frau Ingrid Cammerzell  
Herr Edwin Jessl  
Herr Reiner Keim  
Herr Manfred Lür  
Herr Josef Pastor  
Herr H. Michael Roth  
Herr Volker Schadeberg  
Herr Jürgen Schäfer

## Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler

## entschuldigt

Herr Achim Diethenhöfer  
Frau Christine Empter  
Herr Thomas Sliwka

## Tagesordnung

| TOP | DS-Nr.      | Titel  |
|-----|-------------|--|
| 1   |             | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.08.2012   |
| 2   |             | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher  |
| 3   |             | Einführung, Verpflichtung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Stadtrates  |
| 4   |             | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten                                   |
| 5   |             | Berichte aus den Ausschüssen   |
| 6   |             | Fragen zu aktuellen Themen   |
| 7   | DS 226/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Erledigungskontrolle für Stadtverordnetenbeschlüsse   |
| 8   | DS 227/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Live-Übertragung der Stadtverordnetenversammlung  |
| 9   | DS 268/2011 | Antrag der BBB-Fraktion: Vorlage der Prüfungsergebnisse vor Neuvergabe der Strom-Konzessionsverträge                               |
| 10  | DS 223/2012 | Konzessionsvertrag Strom   |
| 11  | DS 113/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Senkung der Entwässerungsgebühren, Änderungssatzung   |
| 12  | DS 213/2012 | Anpassung Stadtmarketing GmbH  |
| 13  | DS 224/2012 | Anpassung der Entschädigungssatzung wegen der ehrenamtlichen Verwaltung der Position der Ersten Stadträtin / des Ersten Stadtrates |
| 14  | DS 140/2012 | Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009  |
| 15  | DS 169/2012 | Jahresabschluss 2010 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel  |
| 16  | DS 170/2012 | Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss 2011 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel                              |
| 17  | DS 171/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den 2. Wirtschaftsplan 2012 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel                  |
| 18  | DS 172/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel                     |
| 19  | DS 127/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2011  |
| 20  | DS 128/2012 | Vergabe der Jahresprüfung 2012 für die Sozialen Dienste der Stadt  |

| TOP | DS-Nr.      | Titel                                     |
|-----|-------------|---|
|     |             | Bruchköbel                                |
| 21  | DS 129/2012 | Wirtschaftsplan 2013 der Sozialen Dienste |

#### Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 34 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung meldet sich der Bürgermeister und zieht TOP 13, DS 224/2012 zurück.

|   |  |  |
|---|--|--|
| 1 |  | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.08.2012 |
|---|--|--|

Gegen die Niederschrift vom 14.08.2012 haben sich keine Einwendungen ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

|   |  |   |
|---|--|---|
| 2 |  | Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher |
|---|--|---|

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass Ingrid Cammerzell nunmehr zur ehrenamtlichen Ersten Stadträtin berufen worden sei.

Weiter teilt er mit, dass Jürgen Schäfer sein Mandat als Stadtverordneter aufgegeben habe. An seine Stelle tritt der Stadtverordnete Dr. Volker Wingefeld. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt ihn mit Glückwünschen in der Stadtverordnetenversammlung.

|   |  |   |
|---|--|---|
| 3 |  | Einführung, Verpflichtung und Vereidigung eines ehrenamtlichen Stadtrates |
|---|--|---|

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet Herrn Jürgen Schäfer nach vorne. Er stellt fest, dass Herr Schäfer als ehrenamtlicher Stadtrat in den Magistrat der Stadt Bruchköbel zu berufen ist. Der Stadtverordnetenvorsteher verpflichtet Herrn Jürgen Schäfer durch Handschlag und unter Hinweis auf die Verschwiegenheitspflicht gemäß § 24 HGO auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben. Er führt Herrn Schäfer im Rahmen der öffentlichen Sitzung in sein Amt ein. Dieser unterzeichnet eine Niederschrift über die Verpflichtung. Der Bürgermeister beglückwünscht Herrn Schäfer zu seiner Berufung und verweist auf dessen Erfahrung aus früheren Zeiten als Stadtrat. Er weist besonders auf die Treuepflicht gegenüber dem Dienstherrn nach der HGO hin und dass sich der Empfänger der Ernennungsurkunde darüber hinaus noch den Vorschriften des Hessischen Beamtenrechts unterwirft, soweit diese Vorschriften für Ehrenbeamte gelten. Der Bürgermeister verliest die Ernennungsurkunde. Danach überreicht der Bürgermeister dem neuen Stadtrat die Ernennungsurkunde. Herr Schäfer unterzeichnet eine Erklärung über den Erhalt der Ernennungsurkunde.

Der Stadtverordnetenvorsteher nimmt sodann Herrn Schäfer den Diensteid ab. Er liest dabei den Diensteid vor und Stadtrat Schäfer spricht den Diensteid einzeln nach und unterzeichnet eine Niederschrift über die Ableistung des Dienstoids.

|   |  |  |
|---|--|--|
| 4 |  | Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten |
|---|--|--|

Der Bürgermeister kommt auf eine Anfrage der UFB-Fraktion zurück, eine Anfrage wegen des Haushalts im Bereich der Sachkonten in dem Feuerwehrbereich. Die Anfrage wurde mittlerweile vom UFB detaillierter gefasst: „In den Investitionsmaßnahmen des Haushaltes 2011 stehen auf den in der Anfrage genannten Konten andere Beträge als in den Investitionsmaßnahmen des Haushaltes 2012. Wir möchten wissen welche Konsequenzen dies für die Feuerwehr hat. Sollte

dies bedeuten, dass die Anschaffung von dringend benötigten Fahrzeugen ausgesetzt wird und wenn ja, warum?“ Der Bürgermeister bekundet nach Rückfrage mit dem Stadtbrandinspektor und der Finanzverwaltung, dass es um das Produktkonto 84383108, Fahrzeug Stadtbrandinspektor, gehe. Im Haushaltsplan 2011 und im Jahre 2012 seien 50.000 € vorgesehen. Im Haushaltsplan 2012 wurde dies gestrichen. Im Produktkonto 84383109, Ersatzbeschaffung MTF, im Haushaltsplan 2011 war ein MTF mit 80.000 € vorgesehen. Tatsächlich handelt es sich bei der Beschaffung um ein ELW, ein Einsatzleitfahrzeug. Da die Anschaffung erst im Haushaltsjahr 2012 erfolgt, wurde eine Übertragung der Mittel nach 2012 beschlossen. Der im Jahre 2014 eingetragene MTF wurde ersatzlos gestrichen. Im Produktkonto 84383110, MTW Butterstadt, war auch die Frage dazu im Haushaltsplan 2011. Im Jahre 2012 war ein MTF mit 50.000 € vorgesehen. Das Fahrzeug wurde ersatzlos gestrichen. Diese Vorgehensweise wurde mit dem Stadtbrandinspektor und der Freiwilligen Feuerwehr entsprechend abgestimmt und unter Berücksichtigung der Brandsicherheit und der Erfordernis zur Haushaltskonsolidierung haben die Stadtverordneten auch diesen Teil des Investitionshaushalts mehrheitlich beschlossen. Die Anschaffung dieser Fahrzeuge wird weiter im Haushalt vorgesehen, damit die Fahrzeuge gerecht nach dem Bedarfs- und Entwicklungsplan ersetzt werden.

Zu weiteren wichtigen Verwaltungsangelegenheiten teilt er mit, dass der Magistrat in einer Sitzung vom 05.09.2012 die Aufnahme von Krediten in Höhe von 3,9 Millionen EURO bzw. 81.950 EURO für das Haushaltsjahr 2012 und 2011 bei der KDE Bank München bzw. bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen beschlossen hat, mit einer Zinsfestschreibung von 20 Jahren bei einem Zinssatz von 2,2 % und gleichbleibenden Tilgungsraten. Dann wurde beschlossen, die Zuteilung eines Bausparvertrages bei der Landesbausparkasse Hessen zum 30.11.2012 der Schuldendienstleistung an die Sparkasse Hanau zuzuführen. Zur Finanzierung von Investitionen wurden im Haushaltsjahr 2002 von der Sparkasse Hanau und der Landesbausparkasse Hessen, ein Bausparmodell, ein Kredit von 2 Millionen zu folgenden Bedingungen aufgenommen: Die Schulden der Schuldscheindarlehen der Sparkasse Hanau mit 2 Millionen Euro wurde seinerzeit mit 4,78 % mit 10-jähriger Zinsfestschreibung entsprechend so ausgehandelt. Die Zuteilung dieses Bausparvertrages erfolgt per 30.11.2012, die Ansparsumme beträgt 824.088,83 € davon werden 597.172,30 € zur Sondertilgung des 2 Millionen Darlehens verwendet. Die verbleibenden 226.916,53 € werden zur Liquiditätsunterstützung der Stadtkasse zugeführt. Der neue Zinssatz für die Restschuld von 1.402.827,70 € beträgt 2,26 % auf 10 Jahre.

Weiterhin berichtet er von einer Darlehenszusage von dem Hessischen Investitionsfonds, Abteilung C aus dem Programm 2012 für das Feuerwehrfahrzeug Oberissigheim in Höhe von 200.000 € mit einem Zinssatz von 2,2 %.

Weiter berichtet der Bürgermeister hinsichtlich der in der Haushaltsgenehmigung 2012 von der Kommunalaufsicht auferlegten vierteljährlichen Berichtspflicht, dass mit Datum vom 30.09.2012 an die Kommunalaufsicht geschrieben wurde: Unter Punkt 1 wurde von der Darlehensaufnahme wie eben vorgetragen berichtet. Die Darlehenssummen verteilen sich im Jahre 2012 so, dass insgesamt 3,9 Millionen EURO aufgenommen werden, davon 2,9 Millionen EURO aus dem Kreditkontingent 2011 und 984.780 EURO aus dem Kreditkontingent 2012. Im Haushaltsjahr 2012 bewege sich die Stadt erstmals im Bereich der Nettoneuverschuldung null. Die Notwendigkeit der Kreditaufnahme bestehe, weil höhere Rechnungen für Baumaßnahmen zu bezahlen sind. Zum Kassenkredit berichtet er, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite 2012 durch den Beitrittsbeschluss auf 27 Millionen Euro neu festgesetzt worden sei. Die Inanspruchnahme des Kassenkredits belaufe sich zum 28.09.2012 auf einen Betrag von 17.493.798 €. Durch die Kreditaufnahme konnte die Inanspruchnahme des Kassenkredites im Vergleich zum Bericht per 30.09.2012 vorläufig reduziert werden. Am Anfang des Haushaltsjahres habe die Stadt Bruchköbel einen Kassenkreditbedarf von 16,7 Millionen Euro gehabt. Vom Jahresanfang bis zum 28.09. haben sich weitere Entwicklungen bei der Finanzrechnung in folgenden Sparten ergeben: Der Finanzmittelbedarf laufende Verwaltungstätigkeit rund minus 2,8 Millionen, Finanzmittelbedarf aus Investitionstätigkeit rund 1.084.000 € und ein Finanzmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit somit von rund 3,3 Millionen Euro. In der Haushaltswirtschaft 2012, damit dem Rechnungsergebnis 2012 das geplante Defizit um mindestens 800.000 € verringert werden könne, sind folgende Ein-

sparungen vorgesehen und zwar unabhängig von der 8%igen Haushaltssperre, die er habe setzen lassen: Produktkonto Personalkosten 500.000 € Einsparung, Kanaluntersuchung 250.000 €, Instandhaltung des Bürgerhauses von 250.000 € und Zinsen-, Schuldendienst 150.000 €. Aus der Gesamtergebnisrechnung sei ersichtlich, dass mit 21 Millionen rund 70% der ordentlichen Erträge zu verzeichnen sind. Mit moderaten ordentlichen Aufwendungen in der gleichen Höhe sei das derzeit ausgewiesene Verwaltungsergebnis mit minus 227.757,72 € gegenüber der Ansatzplanung erfreulich. Auch wenn es ein Minus sei, freue man sich ja auch schon über solche Ergebnisse. Die im Haushalt eingearbeiteten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind von den Fachabteilungen umgesetzt worden, z.B. Einsparungen bei den Sitzungsgeldern, wie vorhin berichtet bei den Feuerwehren, Bibliothek, Städtepartnerschaften, bezüglich der evangelischen Kirchas sind gerade Gespräche im Gang, damit das Vorjahresniveau gehalten werden könne, auch beim Jugendzentrum werden Gespräche stattfinden, die Bauhofleistungen werden jetzt verrechnet. Das städtische Zelt und der Toilettenwagen seien zum Verkauf angeboten, dies steht auch auf der Homepage. Wegen des Rudolf-Harbig-Stadion seien Gespräche mit dem Main-Kinzig-Kreis hinsichtlich der aktuellen Kostenverteilung von 50/50 im Gange. Beim ÖPNV sei ein faktischer Bedarf von 940.000 angemeldet worden, bis jetzt wurden 416.000 verausgabt. Also konnten auch dort Reduzierungen schon fest dargestellt werden. Die Friedhofsgebühren sind im Moment in der Überarbeitung. Bei den Bürgerhäusern bzw. Mehrzweckhallen werden im Moment neue Entgeltsatzungen erarbeitet, sie sind in der Prüfung mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, Steuererhöhungen sind beschlossen worden und wurden umgesetzt. Weiterhin seien Auszahlungen und Aufwendungen, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen, auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen gewesen. Die freiwillige Haushaltssperre sei von 5% auf 8% Haushaltssperre erhöht worden, um hier auch noch entsprechend Kosten einzusparen. Bei Altstadtfest und Hof- und Gassenfest konnten die Kosten um 55% reduziert werden. Die gerade dargestellte Berichtslage sei zwar ein Zwischenbericht aber fast vergleichbar mit einem Halbjahresbericht, der gleichwohl ordnungsgemäß abgegeben werde.

|   |                              |
|---|------------------------------|
| 5 | Berichte aus den Ausschüssen |
|---|------------------------------|

Der Stadtverordneter Linek berichtet von den Verhandlungen und Ergebnissen des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.09.2012.

|   |                            |
|---|----------------------------|
| 6 | Fragen zu aktuellen Themen |
|---|----------------------------|

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet um die Fragen der Fraktionen.

Die CDU-Fraktion hat keine Fragen.

Für die SPD-Fraktion fragt der Stadtverordneter Baier: Wie ist die momentane Entwicklung der Steuereinnahmen der Stadt Bruchköbel sowie die Prognose für die kommenden Monate? Sieht es positiv aus oder negativ?

Der Bürgermeister berichtet zu Steuereinnahmen der Stadtverwaltung Bruchköbel sowie die Prognose für die kommenden Monate. Zur Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2012 seien Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 2.557.522 € eingeplant. Zugesichert sind aktuell rund 2,6 Millionen Euro. Das Plansoll sei somit erreicht. Mit einem deutlichen Anstieg der Gewerbesteuer werden man wir in diesem Jahr allerdings noch nicht rechnen können. Bei der Grundsteuer A ist der Ansatz 49.244 €, Grundsteuer B der Ansatz 1.925.247 € werden wir insgesamt im Haushaltsjahr 2012 die veranschlagten Beträge erreichen. Bei der Einkommenssteuer ist zu diesem Zeitpunkt abzusehen, dass die Stadt Bruchköbel mit einer Mehreinnahme von mindestens 100.000 € rechnen kann. Den verbindlichen Betrag gibt die Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main erst Ende Oktober 2012 bekannt. Bei den Ansätzen der kleineren Steuerarten wie z.B. die Hundesteuer rund 70.000 €, Spielapparatesteuer 60.000 € und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 262.602 € wird die Stadt Bruchköbel voraussichtlich keine Mindereinnahmen zu verzeichnen haben. Die Stadt Bruchköbel liegen von dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport neuere allgemeine Orientierungsdaten für die Finanzplanung der hessischen Kommunen vor, wonach Veränderungen gegenüber dem Vorjahr für das Jahr 2013 mit plus 9% bei der Einkommenssteuer, bei der

Gewerbsteuer mit plus 4% und bei der Grundsteuer B mit plus 2,5% prognostiziert wurden. Bei den Orientierungsdaten handelt es sich um Durchschnittswerte, die für die einzelnen Kommunen Anhaltspunkte bei der Aufstellung des Haushaltsplanes bzw. der Finanzplanung geben sollen. Bei der Planung der Erträge und Aufwendungen können strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung und die besondere Finanzlage im Einzelfall zu Ergebnissen führen, die von den Orientierungsdaten erheblich abweichen können, womöglich aber in den positiven Bereich.

Für die Fraktion GRÜNE fragt Herr Wenzel: In der vergangenen Woche wurden am Krebsbach an die südlich östliche Ecke des Schwimmbades grenzend umfangreiche Rodungsarbeiten durchgeführt. Unter anderem wurden Bäume mit einem Stammdurchmesser von weit über 20 cm entfernt und das Schilf komplett weggeschoben. Der Krebsbach ist an dieser Stelle seit vielen Jahren teilweise renaturiert, damals in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Schule, die angrenzende Wiese wurde vor wenigen Jahren von der Stadt Bruchköbel erworben, so dass das dort entstandene Schilf erhalten wurde und sich weiter Ausbreiten konnte. Dieser Bereich bot einen idealen geschützten Lebensraum für viele am Ufer beheimatete Tiere. Welche Gründe gibt es für einen derart massiven Eingriff in die Auenlandschaft des Krebsbach?

Der Bürgermeister bekundet, dass bereits am 01.08.2012 ein diesbezügliches Schreiben hereingekommen sei: Anwohner seien vom Main-Kinzig-Kreis angeschrieben worden, auf ihren Grundstücken seien illegal Befestigungen zum Krebsbach hin errichtet worden. Bei einem diesbezüglichen Ortstermin am 18.07.2012 konnten tatsächlich Ablagerungen an der Uferbefestigung im Uferbereich des Krebsbaches festgestellt werden. Diese illegalen Befestigungen müssen unbedingt beseitigt werden, damit sich ein gewässertypischer Aufwuchs entfalten und die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen seitens der Stadt Bruchköbel durchgeführt werden können. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz gilt folgendes: Gewässer sind als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und zu schützen. Im Hessischen Wassergesetz sind diese Vorgaben noch genauer geregelt. Die Uferbereiche dienen der Erhaltung und der Verbesserung der ökologischen Funktion der Gewässer, sowie die Sicherung des Wasserablaufes. Sie sind daher besonders zu schützen und zu entwickeln. Fazit war, dass die Anwohner, die diesen abgelagerten Grünschnitt angebracht haben, diesen beseitigen und einen entsprechenden Nachweis führen mussten. Am 18.09.2012 habe ein Ortstermin stattgefunden mit einem Rechtsanwalt, der einen der Anwohner vertritt, Vertretern von Stadt und Main-Kinzig-Kreis (untere Naturschutzbehörde und untere Wasserbehörde). Unserer entsprechenden Aktennotiz vom Ortstermin kann man entnehmen, dass eine sehr weiche, aus Grasschnitt und Gartenresten, Blättern usw. bestehende Böschungsschulter vorgefunden wurde. Im Böschungsbereich des Krebsbaches wurden senkrechte Stöcke mit waagrecht aufgeschichteten Ästen eingebracht. Diese Uferbefestigung entspricht nicht dem heutigen Stand der Technik und der Wasserwirtschaft. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz WHG § 6 sind die Gewässer nachhaltig zu bewirtschaften und mit dem Ziel ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu verbessern, insbesondere durch Schutz vor nachteiligen Veränderungen von Gewässereigenschaften, hier Reduzierung des Abflussquerschnittes vom Krebsbach. Die Unterhaltung der Gewässer obliegt den Kommunen nach § 39 Wasserhaushaltsgesetz in Verbindung mit den §§ 24, 25 des Hessische Wassergesetz. Um dem gerecht zu werden, wurde festgelegt, dass die Stadt Bruchköbel ein Unternehmen beauftragen sollte, die notwendigen Unterhaltungsarbeiten am Krebsbach vorzunehmen, also die fachliche Wiederherstellung der Böschung auf Kosten des Verursachers zu betrauen. Die Kommune wird ein Ortstermin mit dieser besagten Firma vereinbaren und das Angebot wird erstellt. Vorhandene Bäume im Böschungsbereich mussten „auf Stock gesetzt“ werden, das heißt die Wurzel kurz über dem Bodenniveau stehen zu lassen, so dass die Bäume nachwachsen können. Rodungsarbeiten hätten die die Entnahme der Wurzel bedeutet. Es war also nicht der Bauhof und es haben keine Rodungsarbeiten stattgefunden und all dies nach Vorgaben des Main-Kinzig-Kreises.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Hormel: Wir greifen eine Anfrage bzw. deren Beantwortung aus der aktuellen Fragestunde des letzten Quartals wieder auf, um hier bezüglich der genannten Zahlen etwas weiter zu kommen. In der Antwort zu unserer Anfrage bezüglich der Vorstellung und Aufträge an den Magistrat zur Überarbeitung der Gebührensatzung für die Bruchköbeler Kindergartengebühren hat der Bürgermeister in der letzten Stadtverordnetensitzung

am 14.08. einen Gesamtdeckungsgrad durch Gebühren der Eltern von 19,6% genannt. Bei der Beantwortung einer Anfrage zu den Haushaltsberatungen 2012/2013 in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.01. diesen Jahres wurde für den normalen Kindergartenbesuch, also ab 3 Jahren, und vor dem letzten kostenfreien Jahr ein Kostendeckungsgrad durch Elterngebühren von lediglich 11,7% ausgewiesen. Die Deckungsgrade waren unter Einbeziehung von Landeszuschüssen im letzten Kindergartenjahr und bei der U3 Betreuung mit 4,71 und 20,83% ausgewiesen. Diese Zahlen offenbaren unter Einbeziehung der jeweiligen Jahrgangsstärken der Kinder erhebliche Abweichungen und passen so nicht zusammen. Welche Zahlen sind also richtig und zutreffend?

Der Bürgermeister bekundet, dass die Anfrage mit dem Ergebnis, das er seinerzeit vorgebracht habe, mit Deckungsgrad 19,6% ersatzweise mit Hilfe von Planansätzen aus dem Haushalt 2012 ermittelt worden sei, da noch keine verbindliche Gebührensatzung vorliegt. Laut der Fachabteilung konnten bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 allerdings noch nicht alle Belastungen haushaltstechnisch eingearbeitet werden. Im Ertragsbereich wurden Benutzergebühren, Kostenerstattungen von übrigen Bereichen und Kostenerstattungen vom Land eingesetzt. Im Aufwand wurden die evangelischen Kitas nicht berücksichtigt. Die Anfrage im Rahmen des Haupt- und Finanzausschuss war umfassender und wesentlich detaillierter gewesen. Es wurden verschiedene Rechenmodelle bezüglich U3, Familienprogramm etc. abgefragt. Ein wesentlicher Unterschied zur oben genannten Anfrage besteht darin, dass hierbei Ergebnisse aus dem Jahre 2011 zugrunde gelegt wurden und auch die abzuziehenden Ertragskosten konkret genannt wurden und so auch die Berechnung erfolgen konnte. Eine verbindliche Gebührenkalkulation kann nur erfolgen, wenn zunächst der tatsächliche Bedarf ermittelt und dies in realistischen Zahlen dargestellt wird. Der Auftrag wurde von ihm bereits in den Fachabteilungen entsprechend so vorgebracht, demnächst werden entsprechende Ergebnisse vorliegen.

Die FDP-Fraktion hat keine Fragen.

Die UFB-Fraktion hat keine Fragen.

|   |             |  |
|---|-------------|--|
| 7 | DS 226/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Erledigungskontrolle für Stadtverordnetenbeschlüsse |
|---|-------------|--|

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Zur allgemeinen Kontrolle der Umsetzung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat wird die folgende Richtlinie aufgrund § 50 Abs. 2 S. 1; § 51 Nr. 1; § 66 Abs. 1 Nr. 2 HGO beschlossen:

1. Der Magistrat setzt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zügig, sachgerecht und nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung um.

2. Sofern die vollständige Umsetzung nicht binnen drei Monaten nach Beschlussfassung erfolgt, teilt der Bürgermeister dies den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit unter kurzer Angabe des zur Umsetzung bislang unternommenen, der Gründe, die der vollständigen Umsetzung entgegenstanden, sowie dem voraussichtlichen Zeitpunkt der vollständigen Umsetzung.

3. Solange die vollständige Umsetzung nicht erfolgt ist, wird alle drei Monate gem. Ziff. 2. verfahren.

4. Der Magistrat legt bis zur Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung (vorgesehener Termin: 11.12.2012) einen schriftlichen Bericht über alle im und seit dem Jahre 2008 gefassten und noch nicht umgesetzten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor unter kurzer Darstellung des zur Umsetzung seither unternommenen und der Gründe, die der vollständigen Umsetzung entgegenstanden.“

Die Stadtverordnete Braun trägt für die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Zur allgemeinen Kontrolle der Umsetzung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat wird folgendes beschlossen:  
Ziffer 1 und 2 –wie in der DS 226/2012–

Ziffer 3 wird durch folgenden Punkt ersetzt:

3. Der Magistrat wird beauftragt, eine übersichtliche Darstellung der seit Beginn der Legislatur und aller künftig gefassten Beschlüsse mit aktuellem Statusvermerk sowie der offenen Beschlüsse aus der vorherigen Legislatur auf der Internetseite der Stadt Bruchköbel zu veranlassen. In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eines jeden Quartals ist über den aktuellen Status der nicht erledigten Beschlüsse mündlich Bericht zu erstatten. Mit Umsetzung von Ziffer 3 entfällt Ziffer 2.

Ziffer 4. entfällt.“

Der Stadtverordnete Reul hält die Grundintention der Anträge für bedenkenswert und beantragt die Verweisung der Sachen in das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Verweisungsantrag.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 15 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE ohne die Stadtverordneten N.-M. Bürgstein und Stöppler), 18 Nein-Stimmen (SPD, BBB, FDP, UFB, Stadtverordneter Stöppler) und einer Enthaltung (Stadtverordneter N.-M. Bürgstein) abgelehnt.

Der Stadtverordnete Reul bittet um Einzelabstimmung hinsichtlich der Ziffern 1 und 2, Ziffer 3 in der Fassung des Änderungsantrages, Wegfall der Ziffer 4 und sodann über den Ursprungsantrag.

Abstimmung zu Ziffern 1 und 2: bei 17 Ja-Stimmen (SPD, BBB, FDP und UFB), 14 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE ohne die Herren Bürgstein, Linek und Wenzel) und drei Enthaltungen (die Herren Bürgstein, Linek und Wenzel) beschlossen

Abstimmung zu Ziffer 3 in der Fassung des Änderungsantrages: einstimmig beschlossen

Abstimmung über den Wegfall von Ziffer 4: einstimmig beschlossen

Der Stadtverordnete Rabold erklärt den Ursprungsantrag im Übrigen für erledigt.

Beschluss:

1. Der Magistrat setzt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zügig, sachgerecht und nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung um.
2. Sofern die vollständige Umsetzung nicht binnen drei Monaten nach Beschlussfassung erfolgt, teilt der Bürgermeister dies den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung mit unter kurzer Angabe des zur Umsetzung bislang unternommenen, der Gründe, die der vollständigen Umsetzung entgegenstanden, sowie dem voraussichtlichen Zeitpunkt der vollständigen Umsetzung.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine übersichtliche Darstellung der seit Beginn der Legislatur und aller künftig gefassten Beschlüsse mit aktuellem Statusvermerk sowie der offenen Beschlüsse aus der vorherigen Legislatur auf der Internetseite der Stadt Bruchköbel zu veranlassen. In der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eines jeden Quartals ist über den aktuellen Status der nicht erledigten Beschlüsse mündlich Bericht zu erstatten. Mit Umsetzung von Ziffer 3 entfällt Ziffer 2.

|   |             |   |
|---|-------------|---|
| 8 | DS 227/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Live-Übertragung der Stadtverordnetenversammlung |
|---|-------------|---|

Der Stadtverordnete Rabold trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„...“

Der Stadtverordnete Baier trägt einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor und spricht in diesem Sinne.



„Der Magistrat wird beauftragt,

1. die Kosten für die Umsetzung des BBB-Antrages „Live-Übertragungen aus den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung“ zu ermitteln.
2. sich bei Kommunen oder Kreisen, die bereits öffentliche Sitzungen übertragen, nach deren Erfahrungen zu erkundigen.“

Die Stadtverordnete Lauterbach spricht im Sinne des Änderungsantrags und beantragt die Verweisung der Sachen in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig beschlossen.

|   |             |  |
|---|-------------|--|
| 9 | DS 268/2011 | Antrag der BBB-Fraktion: Vorlage der Prüfungsergebnisse vor Neuvergabe der Strom-Konzessionsverträge |
|---|-------------|--|

Der Stadtverordnete Hormel erklärt den Antrag aufgrund der folgenden Verwaltungsvorlage für erledigt.

|    |             |                          |
|----|-------------|--------------------------|
| 10 | DS 223/2012 | Konzessionsvertrag Strom |
|----|-------------|--------------------------|

Der Bürgermeister berichtet zum Sachstand. Die Stadtverordnete Bürgstein beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss. Der Bürgermeister spricht gegen den Verweisungsantrags.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: einstimmig beschlossen.

|    |             |  |
|----|-------------|--|
| 11 | DS 113/2012 | Antrag der BBB-Fraktion: Senkung der Entwässerungsgebühren, Änderungssatzung |
|----|-------------|--|

Der Stadtverordnete Hormel bezieht sich auf den Wortlaut des Antrages aus der Stadtverordnetenversammlung vom 24.04.2012 und spricht im Sinne des Antrags. Der Bürgermeister spricht gegen den Antrag. Der Stadtverordnete Rabold legt Wert auf Protokollierung seiner Auffassung, nämlich der Feststellung, dass die Kanaluntersuchungen formell in der Gebührenerhöhung eingearbeitet sind und dies daher sämtliche künftigen Bescheide materiell rechtswidrig mache.

Abstimmung: bei 14 Ja-Stimmen (SPD, BBB, Stadtverordnete Seewald), 19 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE, FDP) und einer Enthaltung (Stadtverordneter Weiß) abgelehnt.

|    |             |                               |
|----|-------------|-------------------------------|
| 12 | DS 213/2012 | Anpassung Stadtmarketing GmbH |
|----|-------------|-------------------------------|

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage. Der Stadtverordnete Rabold zitiert wörtlich aus einem angeblichen Prüfberichts des Amtes für Prüfung und Revision des Main-Kinzig-Kreises aus dem April 2012. Er beantragt insofern die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss. Der Stadtverordnete Reul wendet sich empört gegen die Verlesung des angeblichen Prüfberichts und fragt, wie bzw. von wem der Stadtverordnete Rabold Kenntnis erhalten habe. Er, Reul, und auch seine Fraktion kenne diesen Bericht nicht. Der Stadtverordnete Rabold geht davon aus, dass der Bürgermeister verpflichtet gewesen wäre, der Stadtverordnetenversammlung von diesem Bericht, der seit einem halben Jahr vorliege, zu berichten.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 17 Ja-Stimmen (SPD, BBB, FDP, UFB) und 17 Nein-Stimmen (CDU, GRÜNE) abgelehnt.

Der Stadtverordnete Baier meint, dass die Vorlage Ungereimtheiten enthalte, da zum Beispiel keine Regelungen zur Anzeige von Geschäftsführerbezügen enthalten seien oder auch keine Ausschreibung erfolgt sei. Der Bürgermeister bekundet, es habe ein europaweites Interessebe-

kundungsverfahren stattgefunden, jedoch ohne Ergebnis. Im Übrigen habe er als Geschäftsführer keine Bezüge erhalten.

Abstimmung zur Vorlage: bei 17 Ja-Stimmen (CDU, GRÜNE) und 17 Nein-Stimmen (SPD, BBB, FDP, UFB) abgelehnt.

|    |             |  |
|----|-------------|--|
| 13 | DS 224/2012 | Anpassung der Entschädigungssatzung wegen der ehrenamtlichen Verwaltung der Position der Ersten Stadträtin / des Ersten Stadtrates |
|----|-------------|--|

zurückgezogen

|    |             |                                 |
|----|-------------|---------------------------------|
| 14 | DS 140/2012 | Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 |
|----|-------------|---------------------------------|

Der Stadtverordnete Rechholz meint, dass bei aktueller Betrachtungsweise die Stadt als „pleite“ angesehen werden müsse und dies im Wesentlichen auf das Wirken des Bürgermeisters zurückzuführen sei. Der Bürgermeister wendet sich inhaltlich gegen diese Behauptung; Es gehe dem BBB nur darum, ihm persönlich schaden zu wollen.

Abstimmung: bei 29 Ja-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE; FDP, UFB) und 5 Enthaltungen (BBB) beschlossen.

Beschluss:

„Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wird beschlossen.“

|    |             |   |
|----|-------------|---|
| 15 | DS 169/2012 | Jahresabschluss 2010 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel |
|----|-------------|---|

Abstimmung: bei 32 Ja-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, BBB, UFB) und zwei Enthaltungen (FDP) beschlossen.

Beschluss:

„1. Der Jahresabschluss 2010 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel wird mit einem Verlust von 281.898,40 € festgestellt und angenommen.

2. Der festgestellte Verlust in Höhe von 281.898,40 € wird durch die bereits zugewiesenen Haushaltsmittel ausgeglichen.

3. Die zuviel zugewiesenen Haushaltsmittel für das Wirtschaftsjahr 2010 in Höhe von 118.215,60 € werden dem Haushalt der Stadt Bruchköbel zugewiesen.“

|    |             |   |
|----|-------------|---|
| 16 | DS 170/2012 | Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss 2011 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel |
|----|-------------|---|

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

„Mit der Prüfung des Jahresabschluss 2011 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel wird das BÜRO WRM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Maintal beauftragt.“

|    |             |   |
|----|-------------|---|
| 17 | DS 171/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den 2. Wirtschaftsplan 2012 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel |
|----|-------------|---|

Der Stadtverordnete Rabold spricht bezüglich der Problematik der steuerlichen Trennung von Bärensee und Hallenbad. Er beantragt die Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 7 Ja-Stimmen (BBB, UFB), 24 Nein-Stimmen (CDU, SPD ohne den Stadtverordneten Friebe, GRÜNE) und 3 Enthaltungen (FDP, Stadtverordneter Friebe) abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag: bei 24 Ja-Stimmen (CDU, SPD ohne den Stadtverordneten Friebe, GRÜNE) und 10 Enthaltungen (BBB, FDP, UFB, Stadtverordneter Friebe) beschlossen.

Beschluss:

„A. im Erfolgsplan auf ein Jahresergebnis von minus 458.449 € (Verlust)

B. im Vermögensplan auf ein Gesamtbetrag  
des Finanzbedarf 120.000,00 €  
der Deckungsmittel 185.000,00 €

C. im Finanzplan 2011 bis 2015 auf die dort ausgewiesene Beträge festgesetzt.

Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Stellenübersicht 2012 (Teil B – D), wie sie dem Wirtschaftsplan 2012 beigefügt ist.“

|    |             |  |
|----|-------------|--|
| 18 | DS 172/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2013 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel |
|----|-------------|--|

Der Stadtverordnete Rabold trägt einen Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne: „...“  
Der Bürgermeister bekundet, der Änderungsantrag sei inhaltlich, wie in den Vorjahren gezeigt, rechtswidrig. Außerdem diene die Zuführung an den Eigenbetrieb der Stützung der Liquidation. Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Bürgermeister. Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob der Antrag aufrechterhalten werde, das bejaht der Stadtverordnete Rabold.

Abstimmung zum Änderungsantrag: bei 5 Ja-Stimmen (BBB), 25 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE) und 4 Enthaltungen (FDP, UFB) abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag: bei 27 Ja-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, UFB) und 4 Enthaltungen beschlossen.

Beschluss:

„A. im Erfolgsplan auf ein Jahresergebnis von minus 402.244 € (Verlust)

B. im Vermögensplan auf ein Gesamtbetrag  
des Finanzbedarf 123.000,00 €  
der Deckungsmittel 165.000,00 €

C. im Finanzplan 2012 bis 2016 auf die dort ausgewiesene Beträge festgesetzt.

Die Stellenübersicht 2013 (Teil B – C) ist Gegenstand des Wirtschaftsplanes und wird von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Wirtschaftsplanes beschlossen.“

|    |             |   |
|----|-------------|---|
| 19 | DS 127/2012 | Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2011 |
|----|-------------|---|

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

„1.) Der Jahresabschluss 2011 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel wird mit einem Überschuss von 13.782,54 Euro festgestellt und angenommen.

2.) Der Überschuss wird in voller Höhe den Rücklagen der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel zugeführt.“

|    |             |  |
|----|-------------|--|
| 20 | DS 128/2012 | Vergabe der Jahresprüfung 2012 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel |
|----|-------------|--|

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

„Mit der Jahresprüfung 2012 der Sozialen Dienste der Stadtverwaltung Bruchköbel wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RG Treuhand, Revisionsgesellschaft mbH in Büdingen beauftragt. „

|    |             |   |
|----|-------------|---|
| 21 | DS 129/2012 | Wirtschaftsplan 2013 der Sozialen Dienste |
|----|-------------|---|

Abstimmung: einstimmig beschlossen.

Beschluss:

„Der Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel – siehe Anlage – wird beschlossen.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:10 Uhr.



(Thomas Demuth)  
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)  
Schriftführer